

## **JVoefemehr** *mehr* **Verantwortungsbewußtsein** bei den Entscheidungen der Grundkommissionen!

Die Kommissionen zur Überprüfung unserer Parteimitglieder sollen unsere Genossen wirklich kennenlernen, ihnen Hilfe und Unterstützung für die weitere Parteiarbeit mit auf den Weg geben. Das heißt, sie haben eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen. Bei ihrer Tätigkeit darf für die Mitglieder der Kommissionen bei der Beurteilung eines Genossen niemals dessen Redegewandtheit oder Intelligenz maßgebend sein. Es kommt vielmehr darauf an, seine Parteiverbundenheit wirklich zu ergründen.

Zwei Beispiele beweisen, daß diese Forderung nicht immer genügend beachtet wird.

So erschien das damalige Mitglied unserer Partei Sehm, Betriebsleiter im Volkseigenen Strumpfwerk Lichtenstein, vor der Überprüfungscommission und begann sofort mit phrasenreichem Wortschwall auf die Genossen einzureden, um ihnen zu beweisen, daß er ein bewußter Marxist-Leninist sei. Als die Genossen jedoch einige Fragen stellten, zeigte sich, daß Sehm keinerlei Parteiverbundenheit besitzt. Die Kommission beschloß daraufhin, Sehm in den Kandidatenstand zurückzusetzen. Die Kreiskommission jedoch, die diesen Fall überprüfte, kam zu einem anderen Ergebnis.

Sehm, aus kleinbürgerlichen Verhältnissen kommend, trat 1928 aus der SPD aus und in den militaristischen Stahlhelm ein, dessen Führer mit Hitler gemeinsame Sache machten. Nach Aussagen Sehms sah dieser in seinem Beitritt zum Stahlhelm die einzige Möglichkeit, gegen Hitler zu kämpfen. Seinen Austritt aus der SPD begründete er damit, daß ihn die Uneinigkeit der Arbeiterklasse angewidert habe. Vor der Überprüfungscommission wollte er nicht einsehen, daß er damals falsch gehandelt hatte, sondern er versuchte, diese falsche Handlungsweise noch zu verteidigen. Im Jahre 1945 trat Sehm wieder der SPD bei und wurde im Laufe der Zeit Betriebsleiter im volkseigenen Strumpfwerk Lichtenstein; er benahm sich jedoch in seiner Tätigkeit als Betriebsleiter nicht wie ein Funktionär der Partei, sondern wie ein Karrierist. Der Belegschaft gegenüber trat er überheblich und selbstherrlich auf, so daß diese ihn im geheimen mit dem früheren Unternehmer Bahner verglich. Als ihn die Überprüfungscommission fragte, welches seine Stellung zu dieser Meinung der Belegschaft wäre, brachte er seine tiefe Verachtung für die Arbeiterklasse zum Ausdruck, indem er erklärte, der größte Teil der Belegschaft sei reaktionär. Seine Haltung trug auch dazu bei, daß er in Widerspruch zu der Parteiorganisation des Betriebes geriet. Bezeichnend für seine Selbstherrlichkeit ist auch seine Erklärung: Das Verhältnis sei jetzt besser, aber nur dadurch, weil ihm die Parteiorganisation jetzt „mehr Verständnis“ entgegenbringe. Sehm vertrat auch die Meinung, daß

er durch seine guten fachlichen Kenntnisse unentbehrlich und unantastbar sei. Was verbirgt sich nun hinter dem phrasenreichen Wortschwall Sehms?

Als man ihn fragte, warum er seinen Sohn in Westdeutschland studieren lasse, erklärte er: „Der studiert Medizin, und das hat doch nichts mit der Politik zu tun.“ Er erklärte dann weiter, daß es in Westdeutschland ganz anders sei und man dort mit den Studenten keine Politik treibe. Damit bewies Sehm, daß er die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie in Westdeutschland wirklich sind, nicht sehen will.

Über seine Stellung zur Sowjetunion befragt, zeigte Sehm nicht nur eine Reihe von Unklarheiten, sondern vertrat parteifeindliche Auffassungen und machte sich zum Sprachrohr der widerlichen Rias-Hetze.

Die Kreiskommission gelangte zu dem Ergebnis, daß Sehm nicht länger Mitglied unserer Partei sein kann, weil er die Partei nur als ein Mittel seiner karrieristischen Bestrebungen sieht, die Politik der Partei nicht begreifen will und selbstherrlich meint, die Partei könne ihm nichts anhaben. Durch sein Verhalten und seine Handlungsweise hat Sehm das Vertrauen der Werktätigen seines Betriebes zur Partei stark erschüttert und die Parteiorganisation in ihrer Entwicklung gehemmt.

Ein weiteres Beispiel für die mangelhafte Arbeit mancher Grundkommissionen zeigte der Fall des Genossen Fröbel im EKM-Dampfkesselbau Meerrane. Genosse Fröbel, ein als Aktivist ausgezeichneter Produktionsarbeiter, der sehr klassenbewußt ist, gibt sich Mühe, über die politischen Tagesprobleme zu diskutieren. Seine Stellung zur Sowjetunion, zum Fünfjahrplan und der Politik unserer Regierung ist positiv. Allerdings zeigt Genosse Fröbel auch ideologische Schwächen. So erklärte er auf eine diesbezügliche Frage, daß er in einem Privatbetrieb ebenso intensiv arbeiten würde, wie in einem VEB, „weil es so meine Art ist“. Die Grundkommission beschloß daraufhin,

den Genossen Fröbel in den Kandidatenstand zurückzusetzen.

Die Kreiskommission, die den Fall überprüfte, stellte fest, daß Genosse Fröbel durchaus parteiverbunden ist und als Aktivist in der Produktion wesentlich zur Erfüllung des Zwei-jahresplanes beigetragen hat. Sein schwaches Grundwissen ist hauptsächlich auf die mangelhafte Anleitung durch die Parteileitung zurückzuführen und kann bei entsprechender Schulung verbessert werden. Genosse Fröbel verpflichtete sich, in Zukunft die Schulungen und Versammlungen regelmäßig zu besuchen, um sein politisches Wissen zu erweitern. Die Kreiskommission faßte hier einstimmig den Beschluß, die Entscheidung der Grundkommission auf Zurücksetzung in den Kandidatenstand nicht anzuerkennen, sondern dem Genossen Fröbel das Mitgliedsbuch auszuhändigen.

Was zeigen die beiden Beispiele auf? Im ersten Fall ließen sich die Genossen der Grundkommission durch den Wortschwall eines redegewandten Menschen verblüffen. Anders hätten sie auf keinen Fall so schwerwiegende opportunistische und sozialdemokratische Tendenzen übersehen können. Der Kommission war bekannt, daß gerade im Strumpfwerk Lichtenstein, in dem Sehm als Betriebsleiter fungierte, eine starke Unzufriedenheit unter der Belegschaft herrschte, aber sie hat diese Tatsache bei der Überprüfung des Sehm nicht beachtet.

Im Falle des Genossen Fröbel ließen sich die Genossen der Grundkommission zu dem Fehler verleiten, weil Genosse Fröbel, obwohl Arbeiter und Aktivist, klassenbewußt und parteiverbunden, nicht über die nötige Redegewandtheit verfügt und theoretische Lücken aufweist. Davon hat sich die Grundkommission zu sehr beeinflussen lassen. Dabei haben die Genossen außer acht gelassen, daß der Umtausch der Parteidokumente im wesentlichen ein Mittel zur Parteierziehung ist.

Es ist notwendig, daß alle Genossen die in den Grundkommissionen ihre verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben, an diesen beiden Beispielen lernen.

M. G.



Die Übergabe der Parteidokumente an 100 Genossen des Kreises Chemnitz am 2. März 1951 gestaltete die Kreisleitung zu einer würdevollen Feier. Am Tisch links der 1. Kreissekretär Genosse Uhlich.